

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten
wird Ihnen monatlich 1.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Ausreißer
und für Auswärtige die Postämter
entgegen. — Erhältlich werktäglich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.
Telegramme: Cagelblatt Auergebirge.

Anzeigenpreis: Die Abrechnungsbücher
enthalten für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 2.00 Mark, auswärtige
Anzeigen 2.50 Mark, Restanten-Pa-
gelle 7.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 61

Montag, den 13. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reparationskommission ist ein Bericht der deutschen Regierung zugegangen, wonach im Jahr 1922 nach dem Budgetvoranschlag die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Die Fehlbeiträge seien beseitigt.

Die Chicago Tribune veröffentlicht eine bisher geheim gehaltene Denkschrift des deutschen Reichskanzlers, die dieser in Cannes vorgelegt haben soll, und über die Lloyd George und Poincaré in Boulogne berieten.

Nach einer Meldung des New York Herald erklärt der Washingtoner Korrespondent des Blattes, Präsident Harding hoffe, daß nach der Genueser Konferenz eine europäische Konferenz für die Abklärung zu Stande kommen werde.

Die Ententegeandten haben in Warschau einen gemeinsamen Schritt gegen die Angliederung Wilnas unternommen.

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Riß, M. d. R.

Die Unterhaltungen der ausländischen sowohl wie der deutschen Presse über Genua beginnen langsam zu werden. Der Stoff der Besprechung ist erschöpft, bevor noch der Termin der Zusammenkunft endgültig feststeht. Inzwischen vollzieht sich in England nach wie vor der Aufmarsch der Parteien für die kommenden Wahlen. Wann sie sein werden, weiß zur Stunde noch niemand, nur daß weiß jeder, daß eine große und entscheidende Kraftprobe zwischen Lloyd George und zwischen seinen Gegnern unvermeidlich ist. Die letzten Endes die Entwicklung in England geben wird, ist für Deutschland von untergeordneter Bedeutung. Solange die gegenwärtige Depression des Handels und der Wirtschaft in England andauert, solange wird jede britische Regierung, sie mag ausfallen wie sie will, gezwungen sein, eine Politik des weltwirtschaftlichen Ausgleichs zu treiben, die unmittelbar den britischen und mittelbar den deutschen Interessen dient. Freilich vollzieht sich im gegenwärtigen Wirtschaftsleben Deutschlands eine Entwicklung, die der britischen Politik ungenügend zur Hilfe kommen könnte, ohne daß dabei ein Nutzen für das deutsche Wirtschaftsleben abfallen würde. Wenn durch die weitere Verteuerung der Produktion in Deutschland die deutschen Erzeugnisse, die ausfuhrfähig sind, sich immer mehr den Weltmarktpreisen nähern, so wird eines Tages der Zeitpunkt gekommen sein, wo die bis jetzt billiger arbeitende deutsche Wirtschaft im Exportverkehr an Gefährlichkeit für die teurer arbeitende Wirtschaft der anderen Länder verloren hat. Dann wird bei uns im Innern die Scheinkonjunktur der Gegenwart vorüber sein, und die Exportmöglichkeiten werden auf ein Mindestmaß zusammenkrumpfen. Für England aber wird dies eine wesentliche Entlastung bedeuten und es wird deswegen keinen Anlaß mehr haben, in seinem eigenen Interesse einen weltwirtschaftlichen Ausgleich zu erstreben, der Deutschland mit einbezieht, sondern es würde dann seine Ziele ohne jede Rücksichtnahme auf die deutsche Wirtschaft verfolgen können. Je länger die Konferenz von Genua hinausgezögert wird, um so wahrscheinlicher wird diese den deutschen Interessen direkt zuwiderlaufende Möglichkeit. Unsererseits kommt demgegenüber alles darauf an, eine weitere Verteuerung unserer Produktion möglichst hintanzuhalten und eine Außenpolitik zu treiben, die ihrerseits der jetzt immerhin noch möglichen weltwirtschaftlichen Verständigung keine Hemmnisse entgegenstellt.

Die Außenpolitik Dr. Rathenaus, der sich in der letzten Woche im Hauptausschuß des Reichstages erstmals über die auswärtige Politik Deutschlands ausgesprochen hat, ist zweifellos nach dieser Richtung hin eingestellt. Sie geht in ihrer Methode dahin, aus dem Gewirr und Gestrüpp der Ultimats und Diktats durch eine Reihe von Etappen hindurch ins Freie zu gelangen. Diese Methode ist bei den einmal gegebenen Verhältnissen zweifellos die einzig mögliche, aber es kommt bei ihrer Durchführung ausschlaggebend darauf an, dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht mitten auf dem Wege zum Ziele ermattet und erschöpft zusammenbricht. Und will man, als sei es höchste Zeit, von offiziellen deutschen Stellen aus der Entente bündig und ohne Umschweife zu erklären, daß unter den von ihr Deutschland gegenüber bisher angewendeten Methoden keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse eintreten muß. Und mit einer solchen bündigen Erklärung vor die Welt trittreten zu können, ist es allerdings nötig, daß vorher unsererseits auch das

Beste geklärt sein muß, was wir zu einer Gesundung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen selbst tun können. Ziel ist das nicht, denn der Schlüssel zur Sanierung unserer Verhältnisse liegt eben letzten Endes bei unseren Feinden, aber die Ordnung unseres Haushaltsplanes und unserer Reichsfinanzen liegt doch wenigstens zum Teil noch innerhalb des Rahmens der eigenen Möglichkeiten. Es ist deshalb dankbar zu begrüßen, daß der Reichskanzler auf schnelle Erledigung der Steuererlasse neuerdings wieder drängt. Wenn der Reichstag diesen Wunsch des Reichskanzlers zu erfüllen sich bemüht, so zeigt er sein realpolitisches Verständnis für die gegenwärtige Lage, und wenn die Presse und die Parteien der Rechten der Meinung Ausdruck geben, daß ein solches Einschwenken des Reichstages in die Richtung der Wünsche der Regierung unbegründet sei, so zeigen sie ihrerseits von neuem, daß ihnen die Fähigkeit einer objektiven Würdigung der realen Notwendigkeiten der Gegenwart abgeht.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen gegenwärtig die innerpolitischen Verhältnisse in Sachsen. Unter der Oberfläche treten hier in der letzten Zeit verschiedene Strömungen auf. Es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß weite Kreise der nichtsozialistischen Parteien mit dem Gedanken einer Regierungsauflösung lebhaft sind. So sehr, rein stimmungsmäßig betrachtet, die sozialistische Mehrheit eine solche Strömung erklärlich macht, so wenig darf doch ein nächster Realpolitiker die Möglichkeit ungewürdigt lassen, die jetzt mit einer Landtagsneuwahl erreicht werden kann. Die soziale und wirtschaftliche Struktur Sachsens liegt so, daß eine wesentliche Verschlebung in der gegenwärtigen Parteigruppierung kaum eintreten kann. Selbst wenn die nichtsozialistischen Parteien bei einer Neuwahl eine geringfügige Mehrheit erringen könnten, so würde damit nichts anderes erreicht sein, als daß ihre Regierung und ihre parlamentarische Mehrheit auf den gleichen Höhen stehen würde, wie jetzt die sozialistische. Man soll sich doch nicht einbilden, daß die Sozialdemokratie nach den neuen Wahlen, die naturgemäß mit dem Schicksal, die Sozialdemokratie, die bürgerliche Parteien geführt werden müßten, zu einer Koalitionsregierung geneigter sein werde, als jetzt. Selbstverständlich würde sie sich einer nichtsozialistischen Mehrheit gegenüber in die für sie sehr bequeme, taktisch sehr vorteilhafte und für die künftige Entwicklung sehr einträgliche Stellung der Opposition zurückziehen. Das Ziel der Entwicklung in Sachsen aber darf nicht dahin gehen, den jetzigen Zustand der Zweiteilung in Permanenz zu erklären und sei es auch unter wechselnden Vorzeichen, sondern es darf nichts unversucht gelassen werden, eine Zusammenfassung der Kräfte zu erreichen, die von der Volkspartei bis zur unabhängigen Sozialdemokratie reichen. Selbst wiederholte Mißerfolge dürfen nicht dazu führen, dieses Ziel schon jetzt als unmöglich zu bezeichnen. Würde man dies tun, so würde ganz gewiß die andere Strömung an Boden gewinnen, die letzten Endes darauf hinausgeht, auch die kommunistenministeriell zu machen, eine Perspektive, die im allgemeinenpolitischen Interesse außerordentlich unerwünscht sein muß, weil letzten Endes die Landespolitik Sachsens doch nur der Exponent der Reichspolitik sein kann, und weil sich deswegen auch eine Landesregierung in ihrer Struktur nicht so ungeheuer von der Einstellung der Reichsregierung entfernen darf, wie dies ein kommunistisches Ressort zur naturnotwendigen Folge haben müßte.

Das Pariser Reparationsabkommen.

Begrenzung der Sachleistungen.

Ein amtliches Communiqué macht folgende Angaben über den Inhalt der Vereinbarungen, über die die verbündeten Finanzminister sich geeinigt haben: Die von Deutschland zu tragenden Besatzungskosten für die Zeit bis zum 1. Mai 1921 würden auf 102 Mill. belgische Frank, 2 Mill. Pfund Sterling und 460 Mill. französische Frank jährlich festgesetzt. Von den deutschen Sachleistungen im Jahre 1922 werden 85 Prozent an Frankreich und 85 Prozent an die übrigen Verbündeten fallen. Die Verbündeten stimmen der Ausführung der Wiesbadener Vereinbarungen für eine Dauer von drei Jahren zu unter der Bedingung, daß die deutschen Lieferungen folgende Höchstziffer nicht überschreiten: 1922: 350 Mill. Goldmark, 1923: 750 Mill. Goldmark, 1924: 750 Mill. Goldmark. Die übrigen verbündeten Mächte haben das Recht, gleiche Vereinbarungen mit Deutschland zu schließen unter der Bedingung, daß der Gesamtwert der von Deutschland zu leistenden Lieferungen limitiert wird. Keine Macht soll zu Rückzahlungen wegen

1922 empfangener deutscher Sachleistungen verpflichtet sein. Der Mehrbetrag wird für 1923 und die folgenden Jahre zur Berechnung vorgetragen. Frankreich wird für den gesamten Umfang der deutschen Sachleistungen nur mit dem Inlandspreis belastet. Die Verbündeten werden dafür einreten, daß die von Deutschland für sie zugehenden Sachleistungen die gleichen Vorteile wie Frankreich erlangen. Von der ersten Milliarde erhält England 500 Millionen Goldmark für Besatzungskosten, Frankreich 140 Millionen Goldmark für Besatzungskosten, Italien 172 Millionen Lire in Papier, Belgien den Rest kraft seines Prioritätsrechtes. England und Frankreich erhalten den ihnen zustehenden Restbetrag ihrer Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921 erst nach Erfüllung der belgischen Prioritätsansprüche. Frankreich wird der Wert der Saargruben mit einem Betrag bis zu 300 Millionen Goldmark für 1922 zu Lasten geschrieben. Sollte der Wiedergutmachungsausschuß den Wert der Saargruben auf eine höhere Summe ansetzen, so wird der Mehrbetrag auf Frankreichs Anteil an den deutschen Schuldverschreibungen der Reihe C verrechnet. Die Frage der Rückzahlung der belgischen Schuld bei den Verbündeten soll nach dem früher in Aussicht genommenen Modus geregelt werden. Die Verteilung der Wiedergutmachungsleistungen der sonstigen früheren Feinde außer Deutschland wird nach dem interalliierten Finanzabkommen vom 13. August 1921 erfolgen.

Eine offizielle Havas-Notiz besagt, was das Studium der zur Stilligmachung der Forderungen an Deutschland und zur Kontrolle seiner Finanzlage bestimmten Mittel anbetreffe, so hätten die Finanzminister keinen festen Plan vereinbart. Im Laufe ihres Meinungs-austausches hätten sie indessen mehrere Verfahren ins Auge gefaßt, um das Sinken der Mark zu verhindern, darunter folgendes: Wenn die deutsche Anleihe im Ausland von der Reparationskommission zugelassen und tatsächlich abgeschlossen sei, würde man beispielsweise 10 v. H. ihres Ertrages zur Bildung eines Stabilisierungs- oder Konsolidierungsfonds für die deutsche Wechselkurse verwenden, der Deutschland den Kauf fremder Devisen erleichtern soll. Die alliierten Minister hofften, daß diese Anleihe leichter auf dem internationalen Markt unterzubringen wäre, wenn sie angemessen garantiert würde. Es würde dann Gabel der Reparationskommission sein, ihre Zustimmung durch Stellung der notwendigen Pfänder, wie beispielsweise der Zolleinnahmen, zu geben, nachdem sie die erforderlichen Instruktionen von ihren Regierungen erhalten hätten.

Schnellarbeit des Steuerblocks.

Der Warnung des Reichskanzlers, daß Steuerkommission möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen, sind die beteiligten Parteien nachgegeben. In der gemeinsamen Sitzung der beiden Steuerkommissionen am Freitag haben sie nicht nur die Ausschussberatungen endgültig zum Abschluß gebracht, sondern auch die Form vereinbart, in der das Mantelgesetz dem Plenum vorgelegt werden soll. Die Ugg. Müller-Franken (Soz.), Marx (Zentr.), Dr. Weder-Hessen (D. Vp.), Koch-Weser (Dem.) und Reich (Bahr. Vp.) haben den Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen als Initiativentwurf eingebracht, dessen unüberänderte Annahme damit sichergestellt ist. Der § 1 lautet: Die Reichsregierung wird die Mittel für die Kredite, die durch das Reichshaushaltsgesetz des Rechnungsjahres 1922 bereitgestellt und nicht für die Vertriebsanstalten bestimmt sind im Wege einer in Reichsmark einzuzahlenden, in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark flüssig machen. Aus diesem Wortlaut geht klar hervor, daß die Erränisse der Zwangsanleihe nicht die Befreiung von Fehlbeiträgen der Reichspost- und Reichseisenbahnverwaltung verwandt werden dürfen; dagegen befindet sich keine ausdrückliche Bestimmung in ihm, monach noch im laufenden Jahre die Zwangsanleihe eingebracht werden muß. Man war unter den Parteien darüber einig, daß dies selbstverständlich sei durch die Vorschrift, daß die Zwangsanleihe für die Kredite des Jahres 1922 verwendet werden soll. Im § 2 des Gesetzesentwurfes werden die 14 einzelnen neuen Steuererlasse aufgeführt mit dem Zusatz, daß sie einheitlich zugleich mit diesem Gesetz über Änderungen im Finanzwesen in Kraft treten. Dadurch, daß die Parteien selbst die Initiative ergriffen haben, wird die Beschleunigung der Steuererlasse wesentlich beschleunigt. Die einzelnen Vorschriften über die Zwangsanleihe sollen später, voraussichtlich im April, in einem besonderen Anleihegesetz dem Reichstag vorgelegt werden.

Die Neuregelung der Beamtenbefoldung.

Die am Freitag im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter begonnenen Beratungen, die nachher durch den Fall Menne eine unliebsame Unterbrechung erfuhren, drehten sich zunächst um grundlegende Fragen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums legte im Besonderen die Organisationsverhältnisse, die zuerst über die Erhöhung der Grundgehälter debattieren wollten, das Hauptgewicht auf Klärung folgender Probleme: 1. Einführung der Gleitenden, selbsttätigen Gehalts- und Lohnskala, 2. Abbau der Wirtschaftsbefehle, 3. Neuregelung des Urlaubszuschlags, 4. Einführung einer Frauen- oder Ehestandszulage, 5. Erhöhung der Kinderzuschläge, 6. Erhöhung der Grundgehälter und des Teuerungszuschlags, 7. Beschränkung der Grundgehältererhöhung auf bestimmte Gruppen, 8. Abbau des unterschiedlichen Teuerungszuschlags und Einbeziehung in das Grundgehalt. Erst nach Einigung über diese Vorfragen kann nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums das Grundgehalt neu geregelt werden. Die Spitzenorganisationen überreichten gemeinsam gefasste Vorschläge für eine Erhöhung der Grundgehälter und eine andere Bestimmung der Höhe des Urlaubszuschlags. Eine Erhöhung der Kinderzuschläge ist nicht vorgesehen und die Wirtschaftsbefehle nicht erwähnt.

Ein Reichsgesetz gegen den Beamtenstreik.

Die Erfahrungen des letzten Eisenbahnstreiks haben die verantwortlichen Regierungsstellen und die Parteien davon überzeugt, daß es notwendig ist, die bestehenden Bestimmungen bezüglich des Streikverbots für Beamte noch durch ein besonderes Reichsgesetz zu ergänzen und damit völlig klarzustellen. Die Vorarbeiten für ein solches Gesetz sind bereits im Gange. Wie der demokratische Zeitungsdienst erfährt, wird der auf Lebenszeit angestellte Reichsbeamte, der im Zusammenwirken mit anderen Beamten oder sonstigen Arbeitnehmern die Erfüllung seiner Amtspflichten ganz oder teilweise verweigert, mit Dienstentlassung bedroht werden. Der entlassene Beamte kann Klage auf Feststellung innerhalb vier Wochen nach seiner Entlassung beim Landgericht seiner Heimat erheben. Ein rechtskräftig entlassener Beamter darf frühestens nach fünf Jahren wieder in das Beamtenverhältnis aufgenommen werden. Das Reichsgesetz soll sich auch auf die Beamten der Länder sowie Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften beziehen.

Nachspiel zum Eisenbahnstreik.

Nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums wurde von den künftigen angestellten Beamten im Gebiete der Reichsbahn etwa 250 Beamten das Dienstverhältnis wegen schwerer Verfehlungen beim Streik gekündigt. Außerdem schwebt das förmliche Disziplinarverfahren zurzeit gegen etwa 840 unkündbar angestellte Beamte. Bedauerlicherweise ist die Zahl der Beamten, die sich nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung schwerer Verfehlungen ihrer Beamtenpflichten schuldig gemacht haben, so groß, wie es den obigen Angaben entspricht. Unberechenbar sind diese Zahlen geeignet, das Märchen von einem Nachspielzug des Reichsverkehrsministeriums gegen die Reichsgewerkschaften endgültig zu zerstreuen. Die Disziplinarverfahren werden, wie der Reichsverkehrsminister von vornherein angeordnet hat, mit größter Beschleunigung durchgeführt.

Demonstration der Eisenbahner.

Am gestrigen Sonntag haben im Direktionsbezirk Berlin eine Anzahl Eisenbahner Demonstrationen stattgefunden. Soweit aus Berlin

Wiesbaden, Spandau und Frankfurt a. D. Meldungen vorliegen, wurden überall mit großer Mehrheit Beschlüsse angenommen für die Befassung des Reichstages durch die Reichsfinanzkommission mit dem Reichsfinanzministerium. In Spandau und Wiesbaden drohten die Redner mit neuem Eisenbahnstreik, falls der Reichstagsrat nicht seine dem Streikkomitee feierlich gegebenen Versprechungen schnellstens erfüllt.

Kleine politische Meldungen.

Vertretensvotum für Hermes. Der Münchener Abendpost wird aus Berlin gemeldet, daß das Reichskabinett sich am Sonnabend mit dem Fall Hermes beschäftigt habe. Nach der Darlegung des Ministers hat das Kabinett keine Notwendigkeit gesehen, dem Verleumdungsprozeß Hermes gegen die Freiheit vorzugreifen. Die Minister versicherten Dr. Hermes ihr Vertrauen.

Der künftige Reichsernährungsminister. Für den Posten des Ernährungsministers soll, wie die Frankf. Ztg. erfährt, der Zentrumsabgeordnete Dr. von Guérard in Betracht kommen. Dr. von Guérard, Geheimrat Regierungsrat in Koblenz, ist seit März v. J. dritter Vorkämpfer der Zentrumsfaktion des Reichstages.

Das unerfüllbare Kohlenabkommen. Wie der Temps meldet, hat die deutsche Regierung eine Neuregelung des Kohlenablieferungsverfahrens in Paris beantragt. Die deutsche Regierung erklärte sich außerstande, die bisherige Monatsration an Kohlen für die Monate April, Mai und Juni weiterzuliefern.

Auch die Technische Nothilfe unter Kontrolle? Wie verlautet, ist mit der Notiz über die Abänderung der Wehrdienstvorschriften das der interalliierten Kontrollkommission überreichte Programm noch nicht erschöpft. Angeblich wird auch eine Überwachung der Technischen Nothilfe gefordert, und zwar sollen Kontrolloffiziere nicht nur die einzelnen Organisationen der Nothilfe überwachen, sondern es soll auch von deutscher Seite über den Ausbau dieser Organisation reiflich Aufklärung gegeben werden.

Der abgelehnte Antrag Rapps. Der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hat bekanntlich die Anträge Rapps abgelehnt. Wenn man jetzt aus dem offiziell bekannt gegebenen Schreiben erfährt, daß der Putschführer nicht nur freies Geleit und Verhinderung von der Untersuchungshaft, sondern auch Abstandnahme von jeder Durchsuchung seiner Person und seines Reisegepäcks, sowie von jeder Beschlagnahme seiner Effekten, Bücher und Schriftstücke verlangt hat, so ist diese Ablehnung eines so breiten Verlangens im Interesse der Gerechtigkeit nur zu begrüßen.

Protest des Mittelstandes. Das Mittelstandskartell, das in Berlin etwa 200 000 Mitglieder zählt, veranstaltete Sonntag nachmittag im Lustgarten eine Kundgebung gegen die steuerliche Erdrückung des Mittelstandes. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Schutz des selbständigen Mittelstandes in Handwerk, Handel und Gewerbe gefordert und Front gemacht gegen die neuerliche Belastung durch abermalige Erhöhung der Gewerbesteuer.

Die Unerfülllichen. Wie das Pariser Echo meldet, sind der Reparationskommission nachträglich Anmeldungen aus der zerstörten französischen Zone von insgesamt einhundert Milliarden Francs zugegangen, aber die Reparationskommission zurzeit mit dem französischen Finanzministerium verhandelt.

Deutsche Militärlieferungen an Japan? Die Times melden aus Paris, daß der Botschaftskongress ein Antrag Japans vorliegt, Deutschland vorübergehend die Herstellung von Militärwaffen und Munition für japanische Rechnung unter Kontrolle der Alliierten zu erlauben.

Ungarische Verhaftungen zum Erzberger-Mord. Bei der Polizei in Steinamanger sind zwei Männer eingeliefert worden, von denen auf einen die Personalbeschreibung eines der Mörder Erzbergers paßt. Die Verhafteten leugnen, doch

gibt der eine zu, daß er nach Afrika in Deutschland vollständig sei. Die Weiden sollen nach Budapest gebracht werden. Eine unerwartete amerikanische Forderung. Wie die Alliierten auf der Pariser Finanzkonferenz sich gerade darüber geeinigt hatten, wie sie die Deutschland erprehten Milliarden untereinander verteilen wollten, erklärte der halbamtliche amerikanische Vertreter in der Reparationskommission plötzlich, daß die Vereinigten Staaten den ihnen zustehenden Betrag für die Kosten der Belagerungsarmee, mit Zinsen zusammen ungefähr eine Milliarde 20 Millionen Goldmark ausgezahlt verlangten, und zwar 240 Millionen sofort, den Rest später. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesem amerikanischen Verlangen den Beginn des angelegentlichsten Janusdrucks sieht, durch den die Alliierten veranlaßt werden sollen, im Interesse des Wiederaufbaues Europas endlich Vernunft anzunehmen.

Von Stadt und Land.

Mittwoch, 18. März 1923.

Millionen-Rachforderungen im künftigen Staatshaushaltsplan. Infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse kommen die werdenden Unternehmungen des künftigen Staates mit den ihnen bewilligten Mitteln für Neubauten und für Fortführung des Betriebes nicht mehr aus. Es müssen ihnen neue Betriebsmittel zugeführt werden und zwar insgesamt rund 297 Millionen Mark, davon beinahe 200 Millionen Mark für die Braunkohlenwerke und etwa 10,5 Millionen Mark für die Weidner Vorkleinanlagen.

Wirtschaftsbefehle für die künftigen Beamten. In einer längeren Vorlage, die sich mit der Frage der Wirtschaftsbefehle befaßt, schlägt die künftige Regierung dem Landtage vor, zu beschließen, die Ministerien des Innern und der Finanzen zu ermächtigen, an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen den plan- und nichtplanmäßigen Staatsbeamten, Lehrern usw. bis 45 000 Mark Grundgehalt vom 1. Januar 1922 an widerrufliche laufende Wirtschaftsbefehle zu gewähren, soweit dies nach dem Reichsperrgesetz angängig ist.

Kirchengemeinderatswahlen in Aue. Bei der gestern stattgefundenen Wahl zur Kirchengemeinderatswahl in der Nicolaigemeinde wurden 872 Stimmen abgegeben. Es wurden alle Herren gewählt, auf die man sich in der Wählerversammlung am 3. März geeinigt hatte, nämlich 1. Sparratsdirektor Hermann Eniglein, 2. Wertmeister Emil Fidel, 3. Pförtner Richard Friedrich, 4. Fabrikmeister Hermann Georgi, 5. Oberpostsekretär Otto Martin, 6. Amtsgerichtsdirektor Max Richter, 7. Bäckermeister Hermann Schöninger, 8. Kaufmännischer Beamter Max Seifert, 9. Kantor Otto Semmler, 10. Fabrikbesitzer Kurt Bauer, 11. Fachschullehrer Ernst Behr, 12. Schriftföhrer Richard Blümig, 13. Verwaltungsobersekretär Paul Heibel, 14. Reichsbankdirektor Georg Josef, 15. Schuhmachermeister Albin Jrmisch, 16. Schlossermeister Emil Nestler, 17. Buchhalter Otto Scharfshmidt, 18. Fabrikdirektor Max Wellner, 19. Profurist Paul Wögel, 20. Justizinspektor Gustav Wäsche. Als Vertreter für Auerhammer wurden von 48 Wählern gewählt Profurist Krause und Profurist Bauer. Auch in der Gemeinde Rödsterlein-Jelle wurden die vorgeschlagenen Herren gewählt, also 1. Gutbesitzer Ehr. Gänther, 2. Geschäftsinhaber W. Wöner, 3. Betriebsleiter W. Jacob, 4. Profurist E. Behr, 5. Werkbeamter W. Georgi, 6. Frau Gewerbestudienrat H. Wang, 7. Maschinenbauer A. Anger, 8. Schuldirektor Friedrich Bauer, 9. Studentrat Rudolf Graf, 10. Schlossermeister Paul Kirchs, 11. Kaufmann Konrad Korb, 12. Bahnhofsvorsteher Otto Lucas, 13. Wanddirektor Max Rask, 14. Fabrikbesitzer Wilhelm Rößler, 15. Schlachthofbesitzer Oskar Sutter. Hier machten 78 Gemeindeglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Ein Frühlings-Sonntag. Was die vergangene Woche befehen hatte, vollendete der gestrige Sonntag. Nach dem langen, harten Winter fast unermittelt überall Renzgezeiten: erste grüne Knospen, erste Blüten, erste gesiederte Sängler. Frühlingsglaube sucht auf neue Eingang in die Herzen, und wer gestern dem Loden der Frühlingssonne zu widerstehen vermochte, dem ist wahrlich nicht zu helfen. Aber es waren wohl auch nicht viele, die sich dieser Sünde wider die wunderbare Frühlingschönheit schuldig gemacht haben. Wer gestern die Menschenmassen sah, die schon am Sonntag Vormittag und noch mehr in den Nachmittagsstunden in die Umgebung hinausströmten, der mußte fast annehmen, daß ganz Aue ausmanbere und daher so viele Spaziergänger, Rad- und Autofahrer hin-

aufenden recht viele... Die Statistik... reu... im Durchsch... des Monats... rungen von... stoffen von 3... 3055 auf 38... schaftliche G... auf 3956, fe... von 508... Eisen von 3... 3955 auf 48... (Getreide) ... n von eingeführt... monat stieg... 8,4 v. H., d... inländischen... 12 u. S.

3. W... ordneten... Sieg gebracht... 18 März... waren, wurde... galbemo... 18:18 Stimm... einer Wahl... ten, 6 Bol... aldemokratis... Leipzig, Ronneburg... nachmittags... Dobischen a... 2814 auf. R... betet wurde... der Leht... Niederber... rede. In d... friedigung du... nis, in dem... in die n... keinen Wert... mehr bitten... werden.

Wie g... Anfang... öffentliche... Klärung... Einkommen... gehabt haben... das Steuerer... der nicht g... auch der Best... men von Mel... zuständigen G... Formular für... März 1922 h... händig unter... Abgabe der S... In dem... men aus Gr... aus Arbeit a... Biffer 1 bis... über abzugeb... kommen ein... zählenden mi... lebenden Ehe... lendarjahr... daß zum steu... beß, Gewer... Einkommen o... fänfte ha... ganzen R... dem heraus... steuerbet... träge (für d... ben, weil d... nungsjahr vo... mangelte ist... Bei Abg... lendarjahr... einfin, daß... Einkommen... mensteuer für... herigen G... ber alte St... Bestimmungen... Tarif treten... lagung für d... Im ein... Bestimmungen... Versiche... sind, als sie d... ner sind noch... gung der... cher Verh... gebend. Ein... wirtschaftliche... ten insbesonde... tigen durch... pflichtung zu... krankheit, R... durch besonde... verbätigtlich... einem Einkom... werden. Die... teten Kapit... steuerbaren C... nur, wenn d... werdsunähli... nen Lebensur... wenn das St... Einkommen u... Wafpenpenst... (Paragrah 4... Zu den

Im Zuge der Not.

Roman von C. Dressel.

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Sie wurde unruhig. „Das muß besonderen Grund haben. Sprich doch, was treibt dich nur fort? Ist's denn diese Annelise, Bollrad?“ „Sie auch.“ nicht er schmerzlich, „ich will's dir nicht verheimlichen. Ja, sieh, das ist nur die eine, die einzige, die ich mir je zur Frau gewünscht habe. Ach, du hättest sie doch sehen müssen, so was Liebes und Begehrendes gibt's nicht so bald, und klug und sinnig und doch so hold, so weiblich dabei. Sie hätte auch dich gewonnen mit dem ersten Blick ihrer süßen Augen. Aber ein anderer gefallt ihr mehr. Sie wird ihn nehmen. Siehst du, und das kann ich nicht mit ansehen.“ „Ist das gewiß?“ „Ja, ja, das ist schon so. Und, Barbara, da ist noch ein anderes, das mich nicht bleiben läßt. Darüber laß mich schweigen, denn es ist mehr ein Verdächtig als ein Irrtum meinerseits. Sei überzeugt, ich gebe die kaum gewonnene Position nicht ohne Not auf, und die Trennung von den lieben Overbach fällt mir auch nicht leicht. Aber das bleibt unter uns, Schwester. Kein Wort darüber zur Doktorin. Es liegen ja auch noch Monate vor mir, ehe es zum Scheiden kommt. Wer kann sagen, daß sich alles erfüllt, was man plant?“ Damit mußte sich Barbara zufriedengeben. Bald danach reiste sie ab. Nach schönen Wochen herrlichen Familienlebens kam ein Abschied, der ihr das Herz schwer machte, mußte sie doch zweifeln, daß ihr Bruder glücklich sei. Die harte Prüfungzeit, die ihn zu starker Stärke und strebsamer Berufstätigkeit herange- reift, eines war sie ihm schuldig geblieben, und es hätte wohl jene Errungenschaften erst gekrönt — Herzensbe- friedigung durch das Glück einer edlen Liebe. Im Spätsommer kehrte der Kommerzienrat zurück.

Die Augen in Kaufheim und Teplitz schienen ihm nicht angeschlagen zu haben. Er sah schlecht aus, nahm sich aber nichtsdestoweniger nun sofort der Geschäfte an. Liebereifrig, als fühle er, es sei ihm nur noch eine kurze Frist des Wirkens vergönnt. Bald darauf kam Frau Jella heim. Auch sie sah wenig erholt aus, war reizbar und launenhaft, und Annelise, die ebensowenig Kraft und Frische von der langen interessantesten Sommerreise mitgebracht hatte nicht allzu viele gute Tage. Freilich, das lag an ihr selber. Es hätte alles anders sein können, wenn nicht der Professor, der auf dringende Bitte seiner Schwester sich ihnen auf einer Abreisefahrt angeschlossen, sehr bald wieder seine Instanzbürger Amtsstube aufgesucht hätte nach einer bedeutsamen Unterredung mit ihr, die ihm nun vollkommen überzeugte, daß Herzenswahl nicht immer zugleich Schicksalsbestimmung ist. Damit löschte Annelise wohlthätig den Brand, den Jellas eifriges Schüren in ihm von neuem angefaßt, und er kam zur Ruhe. Es war das Beste, was ihm unter Umständen geschehen konnte. Tagegen grölzte und tobte es um so heftiger in Jella. Sie konnte sich nicht davor finden, hier unterlegen zu sein, enilich aber das arme Mädchen, diese unbegreifliche Härtn und Stegertin, trotzdem nicht. Damit sie nun etwa ungehemmte Gelegenheit habe, mit Klüven angu- binden? Das wäre! Dem war vorzubeugen, solange Annelise in ihrem Hause verblieb, selbst wenn man sie nicht gerade zur Gefangenen machen durfte. Und Annelise blieb. Sie mußte verständlich sein und überlegte, daß sie inmitten des Schulquartals nicht auf einen guten Erfolg rechnen könne, dagegen selbst nur Wochen der Erwerbslosigkeit sehr ins Gewicht fielen. Bis sie bei passender Gelegenheit das letzte Verhältnis lösen könne, mußte sie die ungleiche Stimmung ihrer Herrin, die nichts weniger denn Freundin und Schwester mehr war, ertragen. Und ertrug sie, da des Knaben

Anhänglichkeit sie trübte, wenn die Mutter verwundet. Ein früher Herbst mit rauhen Winden und flutartigen Regenböden brach schon im September herein und bekam dem Kommerzienrat sehr übel. Eine schwere rheumatische Nahrung befiel ihn, die ihm den Gebrauch der Glieder nahezu verbot. Nun lebte er von Bett und Rollstuhl aus die Geschäfte, die sein frisch bleibender Geist unablässig plante. Bollrad wurde ihm nun als Privatsekretär in Wahrheit die rechte Hand und das Werkzeug seiner noch immer in klümem, großartigem Maßstabe begründeten Unternehmungen. Sein beständiges Kommen und Gehen in der Villa, die er nicht mehr zu betreten gemeint, ergab sich nun nöwendungen. „Wieder kommt es anders, als man denkt,“ sagte er sich. „Den Chef jetzt verlassen? Unmöglich! Eine Gemeinheit wär's, die ich nicht fertig bringe. Kranke sind starrköpfig. Er bildet sich ein, gerade ich sei der rechte Vertrauensmann, ich muß ihn dabei lassen, um ihn nicht unnötig aufzuregen und weil ich ihm ja auch in Wahrheit nahe. Ich bin ihm zudem zuviel Dank schul- dig, um mich jetzt nicht nach Kräften revanchieren zu müssen. Ich muß eben auf dem Posten bleiben. Sehr lange kann es nicht währen. Es geht bergab mit dem Vermögen. In das Kontor wird er nie wieder den Fuß setzen.“ Dem widersprach das ärztliche Urteil. Der lang- jährige Arzt und Freund des Kranken äußerte zu Jella: „Sie müssen sich auf ein langwieriges schmerzreiches Krankenlager Ihres Gatten gefaßt machen, gnädige Frau. Der Winter und mehr kann vergehen, ehe er diese schwere Unvollständigkeit überwinden mag.“ Wird er überhaupt den vollen Gebrauch der Glieder wiedererlangen, völlig gesund, Herr Geheimrat?“ Er überließ die Spannung ihrer Frage, ob sie nur die künftige Frage und enigegnete achselzuckend: (Fortsetzung folgt.)

ausfenden können. Hoffentlich bringt uns der Frühling noch recht viele so schöne Tage. Die Teuerung in Zahlen. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Amtes ist unter dem Einfluss der vermehrten Warenverknappung und Marktentwertung von 8865 im Durchschnitt des Monats Januar auf 4108 im Durchschnitt des Monats Februar emporgeschritten. Die Preissteigerungen waren allgemein, und zwar stiegen Getreide und Kartoffeln von 3363 auf 3773, Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von 3565 auf 3849, Kolonialwaren von 4319 auf 5139, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 3509 auf 3958, ferner Säure und Leder von 4088 auf 5761, Textilien von 6839 auf 8338, Metalle von 4318 auf 4489, Kohle und Eisen von 3307 auf 3887, industrielle Stoffe zusammen von 3955 auf 4877. Die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Fette, Kohle und Eisen) von 3383 auf 3768, die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren von 6075 auf 6900. Gegenüber dem Vormonat stieg der Dollarkurs im Monatsdurchschnitt um 8,4 v. H., die Indexziffer der Einfuhrwaren um 4,8, die der inländischen Waren um 10. v. H., die Gesamtindexziffer um 12 v. H.

Zwickau, 13. März. Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen haben den Bürgerlichen leider keinen Sieg gebracht. Während aus den angefochtenen Novemberwahlen 19 Bürgerliche und 17 Sozialdemokraten hervorgegangen waren, wurden gestern nur 17 Bürgerliche und 19 Sozialdemokraten gewählt. (Im alten Kollegium war bei 18:18 Stimmgleichheit.) Im einzelnen wurden gestern bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent gewählt: 5 Demokraten, 6 Volksparteiler, 6 Deutschnationale, 12 Mehrheitssozialdemokraten, 4 Unabhängige und 3 Kommunisten. Leipzig, 12. März. Eisenbahnunglück. Eine von Ronneburg nach Meuselwitz leerfahrende Maschine fuhr gestern nachmittags gegen 4 Uhr zwischen den Stationen Kostitz und Döbischau auf den von Meuselwitz kommenden Personenzug 2814 auf. Beide Maschinen und vier Wagen entgleisten. Getötet wurde eine Person, schwerverletzt zehn, leichtverletzt fünf Personen. Die Untersuchung ist eingeleitet. Niederfelling, 12. März. Verzicht auf Titelanrede. In der letzten Gemeinderatssitzung nahm man mit Befriedigung von einem Schreiben des Beamtenauschusses Kenntnis, in dem erklärt wurde, daß die Gemeindebeamten im dienstlichen wie außerdienstlichen Verkehr keinen Wert auf die gesellschaftlichen Amtsbezeichnungen legen, vielmehr bitten, mit ihrem Familiennamen angesprochen zu werden.

Wie gebe ich meine Steuererklärung ab?

Anfang Februar dieses Jahres haben die Finanzämter die öffentliche Aufforderung zur Einkommensteuer-Erklärung an alle diejenigen erlassen, die ein steuerbares Einkommen von mehr als 24 000 Mark im Kalenderjahr 1921 gehabt haben. Den meisten Steuerpflichtigen ist inzwischen das Steuererklärungsformular zugestellt worden. Wo es bisher nicht geschehen sein sollte, tut der Steuerpflichtige (also auch der Selbstbediente), der im Kalenderjahr 1921 ein Einkommen von mehr als 24 000 Mark bezogen hat, gut, sich bei der zuständigen Steuerbehörde um das Formular zu bemühen. Das Formular für die Steuererklärung ist spätestens bis zum 15. März 1922 dem zuständigen Finanzamt ausgefüllt und eigenhändig unterschrieben wieder einzuliefern. Auch die mündliche Abgabe der Steuererklärung vor dem Finanzamt ist zulässig.

In dem Formulare ist, je nachdem, ob sich das Einkommen aus Grundvermögen, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, aus Arbeit oder sonstigem Einkommen zusammensetzt (vergl. Ziffer 1 bis 5 des Formulars), eine genaue Erklärung darüber abzugeben, wie hoch sich das steuerpflichtige Jahreseinkommen einschließlich des Einkommens der zur Haushaltsgeld führenden minderjährigen Kinder und der in der Haushaltsgeld führenden Ehefrau aus diesen einzelnen Steuerarten im Kalenderjahr 1921 belaufen hat, wobei zu bemerken ist, daß zum steuerbaren Einkommen alle Einkünfte aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Arbeit und sonstigen Einnahmen ohne Rücksicht darauf gehören, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende Einkünfte handelt. Angzugeben ist das Einkommen, das im ganzen Kalenderjahr 1921 tatsächlich bezogen ist. Von dem daraus durch die Steuerbehörde errechneten Jahressteuerbetrag werden nur drei Vierteljahresbeträge (für die Zeit vom 1. 4. 1921 bis 31. 12. 1921) erhoben, weil das bisher mit dem 31. März ablaufende Rechnungsjahr von Ende 1921 ab mit dem Kalenderjahr zusammengelegt ist.

Bei Abgabe der Einkommensteuererklärung für das Kalenderjahr 1921 ist es für den Steuerpflichtigen wichtig, zu wissen, daß nach Artikel 2 des Gesetzes zur Milderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. Dezember 1921 die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 noch nach den bisherigen Vorschriften veranlagt wird; es kommt also noch der alte Steuertarif (vom 24. 3. 21) zur Anwendung. Die Bestimmungen der Novelle vom 20. Dezember 1921 und ihr Tarif treten erst für die Anfang 1922 vorzunehmende Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 in Kraft.

Im einzelnen bedeutet diese Anwendung der bisherigen Bestimmungen, daß z. B. bei der diesmaligen Veranlagung Verschonungsprämien nur insoweit abzugsfähig sind, als sie den Betrag von 1000 Mark nicht übersteigen. Ferner sind noch die bisherigen Vorschriften über die Ermäßigung der Steuer wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse — als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastung des Steuerpflichtigen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbsunfähigkeit der Ehefrau — kann also für 1921 nur bis zu einem Einkommen von nicht mehr als 80 000 Mark gewährt werden. Die Veranlagung der im Kalenderjahr entrichteten Kapitalertragssteuer kann nur bis zu einem steuerbaren Einkommen von 14 000 Mark erfolgen und zwar nur, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt, oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert ist, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten und wenn das steuerbare Einkommen hauptsächlich aus Kapitalerträgen und Wartegeldern, Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen, Beamtenpensionen und ähnlichem besteht (Paragraph 44 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes).

Zu den Fragen des Steuererklärungsformulars nach der

Zusammenfassung der Einkünfte ist als besonders wichtig hervorzuhellen:

1. Zum Einkommen aus Grundbesitz. a) Beim Besitz mehrerer Grundstücke empfiehlt es sich, die Angaben für die einzelnen Grundstücke zu trennen. b) Vielfach sind im Interesse einer vereinfachten Berechnung von den Landesfinanzämtern Vau schalsche festgesetzt worden, die nach Wahl des Steuerpflichtigen an die Stelle der Einzelberechnung treten, zum Beispiel für Groß-Berlin 60 Prozent des Brutto-Miets-Ertrages von Normalgrundstücken für alle Unkosten und Reparaturen, sowie Abnutzungen. (Es wird zweckmäßig sein, sich bei dem zuständigen Finanzamt vor Abgabe der Steuererklärung nach dem Bestehen solcher Vau schalsche zu erkundigen.)

2. Zum Einkommen aus Arbeit. Beim Einkommen aus Arbeit ist in diesem Jahre unter Ziffer 4 des Formulars die besondere Frage nach dem Bezuge von Dienstauswänderschädigungen gestellt worden. Es hat sich für die Steuerbehörde als notwendig erwiesen, den tatsächlichen Betrag des Dienstauswandes zu erfahren. Steuerpflichtige sind alle in Form von Dienstauswänd und ähnlichen Entschädigungen gewährten Bezüge, soweit sie den erforderlichen Aufwand übersteigen. Die Nachprüfung bleibt der Steuerbehörde auf Grund der von dem Steuerpflichtigen gemachten Angaben überlassen.

Die Beantwortung der Frage nach den Spekulationsgewinnen (siehe Erläuterungen zu Ziffer 5 des Formulars) ist ein vielumstrittenes Gebiet. Ueber das, was als Spekulationsgewinn aufzufassen ist, spricht sich das Gesetz selbst nicht so eindeutig aus, daß es nicht verschieden ausgelegt werden könnte. Auf jeden Fall müssen nach dem neuen Formular alle Verkäufe von Wertpapieren, Devisen, ausländischen Zahlungsmitteln einzeln angegeben werden unter Angabe des Tages des Erwerbes, des Kaufpreises, und zwar auch dann, wenn die Gewinne von dem Steuerpflichtigen nicht für Spekulationsgewinne gehalten werden, sondern für Kapitalanlagen, die er mit eigenen Mitteln und nicht unter Inanspruchnahme von Bankkredit durch Ankauf von Wertpapieren vorgenommen hat.

Vermischtes.

Von Verbrechern lebendig begraben. Der Besitzer Werbelo wurde auf seinem Landhause bei Falkenwalde in der Neumark von zwei Eindrechern überfallen und getötet. Die Schwester Werbelos wurde schwer verletzt. Die Eindreher betruben beide, auch die noch lebende Dame, in einem Duschhause und raubten dann sämtliches Bargeld. Werbelos Schwester konnte sich später aus dem Duschhause wieder herausarbeiten und begab sich kriechend zum Ortsvorsteher. Die Täter, polnische Schnitter, entkamen.

Die Goldküde in der Warmelade. Nach einer Berliner Meldung des Täg. Korresp. erlebte eine Familie im Osten eine drohliche Erdberschüttung. Eine Tante starb und hinterließ unter anderem auch jahrelang aufgelparte eingelochte Marmelade. Wer beschreibt das Erstaunen der Erbin, als sie auf dem Grunde des ersten geöffneten Marmeladentopfes zwei Echte Zwangsmarkstücke fand. Rasch wurden auch die anderen Töpfe mit Boffeln und Fingern durchstöbert, aber diese enthielten vollkommen goldfreie Marmelade.

Der Vesuv in Tätigkeit. Der Vesuv, der seit 1908 glemlich ruhig war, scheint wieder in Tätigkeit treten zu wollen. In der Nacht vom 6. zum 7. März wurden Erdböße verurteilt, durch welche kleine Eruptionshügel zum Einsturz gebracht wurden. Im Innern des Kraters steigt gegenwärtig dauernd die Lava auf. In Anbetracht des Umfangs des Kraters, dessen Durchmesser mehr als einen halben Kilometer misst, kann man nicht voraussehen, wann sich die Lava noch außen ergießen wird. Das Niveau der Lava befindet sich noch 80 Meter unter dem Nordoststrand des Kraters und 70 Meter unter der Südspitze, die am höchsten liegt.

Ein neues Monte Carlo. In Neuport hat sich ein Syndikat gebildet, das eine der Rüste von Florida vorgelagerte Insel aus der Gruppe der Bahama-Inseln erwerben will, um ein neues Monte Carlo darauf zu errichten. Die zu errichtende Spielbühne soll bis in alle Einzelheiten dem großen Vorbilde in Monte Carlo nachgebildet werden. Um auch dem alkoholischen Bedürfnis der Besucher gerecht zu werden, sollen Brauereien und Brennereien größten Stils angelegt werden. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß der Zustrom von Besuchern aus dem trockengelegten Amerika ein gewaltiger sein wird. Ein regelmäßiger Schiffsdienst soll den Verkehr zwischen den großen amerikanischen Hafenplätzen und dem neuen Monte Carlo vermitteln. Die Alkoholgegner in Amerika setzen bereits alle Hebel in Bewegung, um diese großartig angelegte Gründung zu hintertreiben. In einer Proklamation der Bevölkerung wird darauf hingewiesen, daß sich Amerikaner auch dann strafbar machen, wenn sie im Auslande dem Alkoholgenuss fröhnen (?). Ob die Ermahnung zur Enthaltensamkeit etwas nützen wird, ist allerdings zu bezweifeln.

Ein amerikanischer Feldzug für die kurzen Röcke. Zum zweiten Male in Monatsfrist richten die Führerinnen der amerikanischen Frauenbewegung jetzt an ihre Schwestern die dringende Mahnung, an den kurzen Röcken festzuhalten, und das Fortschritt vom alten Eisen zu werfen. Frau Dr. Mary O. Owen von einer Universität des Nordwestens richtete schon vor kurzem an die amerikanische Frauenwelt, einen klammernden Protest, der insbesondere die jüngeren Vertreterinnen beschwor, die Grenze des Rocksaumes nicht über das Knie hinaus zu verlegen. Heute ist es Fräulein Dr. Elisabeth Thiberry, Kerstin in Vassar, die gegen jede Mode protestiert, die auf eine Rückkehr zu den früheren langen Röcken abzielt, die als Staubsauger so gesundheitsschädlich wirken wie das Fortschritt. In begeisterten Worten erklärt sie, daß sie sich nichts Schöneres denken könne, als die wohlgerundeten Waden von Weinen junger Frauen, wobei außer dem ästhetischen Gesichtspunkt auch das Moment nicht außer acht bleiben dürfe, daß das freie Spiel der Kniegelenke von außerordentlicher Bedeutung für das Wohlbefinden ist.

Letzte Drahtnachrichten.

Rechtsparteiliches Ansg. Berlin, 18. März. Jährliche Szenen spielten sich gestern nachmittags im Westen Berlins ab. Eine etwa 500-köpfige Menge zog mit einer schwarz-weiß-roten Fahne vom Wittenbergplatz nach dem Kurfürstendamm. Die Demonstranten schrien, trieben allerlei Unfug und schlugen die Vorübergehenden. Die Schutzpolizei war gegen die Menge machtlos. Es wurden Verletzungen herbeigeführt. Als 20 Mann in Lastautos herbeikamen, und ein Beamter versuchte, den Fahnenträger festzunehmen, riß dieser das Tuch von der Stange und lief davon. Die Beamten mußten mehrfach durch Schreiküsse die Menge abwehren. Der führende Fah-

nenführer konnte schließlich festgehalten und zur Wache gebracht werden. Es wurden noch zehn Personen wegen groben Unfugs und Widerstandes verhaftet.

Die Not des deutschen Kolonialisten. Frankfurt a. M., 18. März. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Moskau: Der bisher im Hungergebiet von Kasan arbeitende deutsche Sanitätszug hat, nachdem er in Moskau mit den aus Deutschland bezogenen Medikamenten neu versorgt worden ist, sich jetzt nach Saratow begeben, um einige Monate in dem Gebiet der deutschen Kolonialisten zu leisten. Er führt diesmal größere Mengen von Lebensmitteln mit sich, die von den in Deutschland lebenden ehemaligen Wolgalokolonisten gespendet sind, um während der bis zur nächsten Ernte bevorstehenden schwersten Monate einige hundert Kinder zu speisen zu können. Die Lage der deutschen Wolgalokolonisten wird täglich verzweifelter. Epidemien verbreiten sich in erschreckendem Umfange. Es sind auch Fälle von Pestkrankungen festgestellt worden. Die letzten Lebensmittel sind verbraucht. Nur rechtzeitige Versorgung der Gebiete mit Saatgetreide kann eine Wiederholung der gegenwärtigen Katastrophe verhüten.

Engländer in Botalang. Berlin, 18. März. Wie der Botalangseiger aus Bochum meldet, fuhr ein Personenzug, der kurz nach 3 Uhr früh von Bochum abgegangen war, unmittelbar hinter der Station Bochum-Präsident in eine Gruppe Arbeiter, die das Herannahen des Zuges infolge dichten Nebels nicht bemerkt hatten. Der Kottensführer und 4 Arbeiter wurden getötet und mehrere Arbeiter verletzt.

Berlin, 18. März. In Spandau spielten gestern vier Anaben mit einem Sprengkörper. Dieser explodierte und alle vier Anaben wurden verletzt, davon zwei so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ueber die Herkunft des Sprengkörpers ist noch nichts ermittelt.

Ein Reimeisungswort. Biarritz, 18. März. In einer Rede, die Lord Chamberlain aus Anlaß der Einweihung eines Denkmals zum Gedächtnis Eduards VII. hielt, wandte er sich u. a. gegen die in Deutschland verbreitete Ansicht von der Einkreisungspolitik, die König Eduard VII. betrieben habe und erklärte diese Theorie für vollkommen unbegründet.

Amerika besteht auf seine Forderung. Paris, 18. März. Wie New York Herald aus Washington meldet, soll das Staatsdepartement mit Nachdruck erklärt haben, die Vereinigten Staaten würden auf Bezahlung der Besatzungskosten bestehen. Diese Forderung werde als eine unantastbare Schuld angesehen. Die amerikanische Regierung würde ihre Ablehnung als ungewöhnliches Vorgehen der Alliierten betrachten.

Prager Mustermesse. Prag, 18. März. Gestern vormittag wurde die Prager Mustermesse in Anwesenheit von Vertretern des diplomatischen Korps, der tschechischen Regierung sowie zahlreicher geladener Gäste eröffnet. Die Frühjahrsmesse übertrifft an Zahl der Aussteller alle früheren Messen.

Kammerwahl in Rumänien. Bukarest, 18. März. Nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Kammerwahl sind 250 Anhänger der Regierung und 97 oppositionelle Kandidaten gewählt worden. Von den notwendig gewordenen Stichwahlen sind 6 für die liberale Partei auslichtet, die aber mehr als zwei Drittel der Kammermitglieder versetzen wird. Somit erscheint die Annahme der neuen Verfassung gesichert.

Bukarest, 18. März. Der Finanzminister beabsichtigt, innere Schatzscheine im Werte von annähernd 2 Milliarden Lei in Renten umzuwandeln.

Die Revolte in Südafrika. London, 18. März. Das Reutersbüro meldet aus Johannesburg vom 11. ds. Mts.: Im Laufe des größten Teils des Tages haben erhebliche Kämpfe stattgefunden. Flugzeuge bewarfen die Streitenden zweimal mit Bomben. Die Aufständischen, die durch die Bomben getroffen wurden, hatten schwere Verluste. Aus Kapte begannen sie in Vermont und Kodsburg die Häuser in Brand zu setzen.

Kirchenankündigungen.

- St. Nikolai. Montag, 13. März, abends 7 1/2 Uhr: Kirchenchor, 8 Uhr: Posaunenchor-Probe.
- Dienstag, 14. März, abends 8 Uhr im kleinen Saal des Pfarrhauses (Eingang Dübenerstraße): Versammlung der kirchlichen Helfer des I. Bezirkes (Past. Dertel).
- Mittwoch, den 15. März: Kollekte für die innere Mission. Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst, im Anschluß Beichte und Abendmahlsfeier: Hr. Schmüller. Abends 8 Uhr liturgischer Dultagsgottesdienst: Past. Dertel; Gottesdienstordnung für 50 Jhr. der Seelen erdeltlich; Gesangbücher mitbringen. Im Anschluß Beichte und Abendmahlsfeier: Past. Dertel.
- Donnerstag, 16. März: Abends 8 Uhr Bibelstunde in Kueshammer: Past. Herzog. Im Pfarrhause abends 8 Uhr Männerabend und Christl. Verein junger Männer.
- Freitag, 17. März: Abends 7 1/2 Uhr Bibelstunden für konfirmierte Schüler im kleinen Saal des Pfarrhauses: Past. Herzog. Abends 8 Uhr Vorbereitung für Kindergottesdienst: Past. Dertel.
- Freitag, 18. März (1. Landeskongress). 9 Uhr Hauptgottesdienst, Beichte und Abendmahl. Kollekte für die innere Mission. Abends 8 Uhr Abendgottesdienst, Beichte und Abendmahl.
- Methodistenkirche — Evangelische Gottesdienste (Dübenstraße 12) Montag abends 8 Uhr: Evang. Missions-Gesellschaft. Sonntag: Der mediz. Verein und der „Evangelischer Verein“. Dienstag abends 8 Uhr: „Der mediz. Verein“ und die „Evangelische Mission“. Sonntag: Der mediz. Verein und die „Evangelische Mission“. — Gubernator ist freundlich eingeladen.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Henrich. Druck und Verlag: Kunst- und Anzeigenblatt m. S. S. Kuo.

Für Kinder
ist die beste Sohle
Friedenstadt Buttermilch-Teig

Zur Reform des Ehescheidungsrechtes.

Von Dr. Marie Elisabeth Böbers, W. d. R.

Aus den Reihen der Deutschen Demokratischen Partei wurde bereits im Januar 1921 im Plenum des Reichstages und sodann im November desselben Jahres in einer Anfrage an die Regierung auf die Notwendigkeit der Reform des Ehescheidungsrechtes hingewiesen. Zum dritten Mal wurde vor wenigen Wochen die Gelegenheit im Hauptausschuß des Reichstages bei der Beratung des Justizetats ergriffen, um diese schwierige und überaus ernste Frage von neuem anzuschneiden. Bei der darauf folgenden Debatte zeigte sich eine fast einmütige Übereinstimmung der Parteien in der Überzeugung, daß die tatsächlichen Verhältnisse dahin drängen, einer Reform des Ehescheidungsrechtes näher zu treten. Diese Übereinstimmung — an der begreiflicherweise das Zentrum aus dogmatischen und von jedermann zu achtenden Gründen nicht beteiligt sein konnte —, ist umso erfreulicher, als Gegner einer solchen Reform sich nicht selten in dem Irrtum befinden, von den Reformern sei ein Angriff auf die Würde der Ehe geplant, der mit christlicher Gesinnung unvereinbar sei. Gerade Persönlichkeiten, die im evangelisch-christlichen Leben eine hervorragende Stellung einnehmen, sind aber der Ansicht, daß es sich hierbei nicht um eine Frage der christlichen Weltanschauung handelt, sondern daß gerade der tiefste sittliche Gehalt der Ehe es verlangt, daß Verbindungen, denen längst jede innere — also die sittliche — Grundlage genommen ist, nicht zwangsweise äußerlich zusammengehalten werden. Ein Zwang, der nicht nur jeden feiner empfindenden Menschen mit seinem sittlichen Gefühl in schwersten Konflikt bringt, sondern auch unheilvolle Wirkungen auf die heranwachsenden Kinder ausübt.

Man ist sich deshalb im allgemeinen darüber klar, daß an dem heutigen sogenannten Schuldprinzip nicht unter allen Umständen festgehalten werden kann, sondern daß dieses durch das sogenannte Berrückungsprinzip

ergänzt werden muß. Trägt der Geschädigte der unfehlbaren Tatsache Rechnung, daß in Tausenden von Fällen eine Ehe auch ohne das schuldhaftige Verhalten des einen oder beider Ehegatten so tief zerrütet ist, daß keinerlei Hoffnung auf ein erträgliches Zusammenleben mehr gegeben ist, dann kann endlich die zwar ungewollte, aber häufig unvermeidbare unbillige Konsequenz aus dem derzeitigen Rechtszustande beseitigt werden. D. h. in all den Fällen, in denen eine nicht wider zumachende Berrückung festgesetzt wird, brauchen die Ehegatten nicht mehr die traurig schamlose Komödie eines Ehebruchs oder der böswilligen Berrückung aufzuführen, nur um der Forderung des geltenden Rechtes zu entsprechen, nach dem eine Ehe nur gelöst werden kann, wenn einem oder beiden Ehegatten eine schwere sittliche Schuld nachgewiesen ist.

Höhergerichtet brauchte dann für alle Prozesse bei zerrüteter Ehe nicht an dem heutigen sogenannten Berrückungsprinzip festgehalten zu werden, da keine Schuld beweise beigebracht zu werden brauchen, sondern es könnten die Berrückungsprozesse in das Verhandlungsverfahren überführt und so das ganze Verfahren von dem sehr blühenden qualvollen, beschämenden und verbitternden Auseinandergehen befreit werden.

Wer nicht blind durch das Leben geht, oder wer gar als Ehescheidungsrichter Gelegenheit gehabt hat, einen besonders tiefen Einblick zu tun, wird sich darüber nicht im unklaren sein, daß eine traurig große Anzahl unglücklicher Ehen vorhanden ist, deren zwangsweise äußere Aufrechterhaltung nicht nur peinlich und entwürdigend für die Ehegatten ist, sondern auch nicht im Interesse des Staates und der Gesellschaft liegt. In unzähligen Fällen werden der eine oder beide Ehegatten erst auf sittliche Abwege gebracht, zu Unwahrheiten und Denunziationen verleitet durch die Unbilligkeit, die Freiheit wieder zu erlangen und mit einem viel besser geeigneten Partner ein nicht nur subjektiv glücklicheres, sondern auch objektiv dem Staate und der Gesellschaft nützlicheres Leben zu führen. Nicht selten leben solche Ehegatten in freier Gemeinschaft mit einem Dritten, die trotz ihres viel tieferen sittlichen Gehalts den Stempel des Konkubinats trägt und die aus ihr hervor-

gehenden Kinder mit dem Stempel der Unrechtmäßigkeit belastet.

Es darf nicht verkannt werden, daß kaum eine Frage wie die der Reform des Ehescheidungsrechtes mit größerem Ernst und tieferem Verantwortungsgesühl geprüft werden muß, und ganz besonders die Frauen haben ein nachsames Auge darauf zu geben, daß vor allem die Rechte der Kinder, ihre Ansprüche auf körperlich geistig und seelisch gesunde Erziehung gewahrt werden. Aber man soll sich auch dabei hüten, an einer so tiefen Not, wie das augenblickliche Ehescheidungsrecht sie aber Tausende und Überausende verhängt, vorüberzugehen oder gar diejenigen, die für eine Reform eintreten, als leichtfertig, unfittlich oder unchristlich zu brandmarken.

Nicht ein Angriff auf das Institut der Ehe und ihre Würde liegt in der Absicht der Reform, sondern im Gegenteil das Bemühen, Mittel und Wege zu finden, um Lebensgemeinschaften, denen die wahre sittliche Grundlage, die geistig-seelische Gemeinschaft, fehlt, nicht unter einem derartigen Zwange zusammenzuhalten, bis entweder die Ehegatten sich entschließen, einen im höchsten Grade unbilligen Scheidungsprozess zu führen, oder sich gar tatsächlich so schwere sittliche Vergehen zuschulden kommen zu lassen, daß sie der Forderung des Gesetzes für eine Scheidung genügen. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß in diesem Bestreben auch einander politisch noch so fern stehende Parteien sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Erneut stehen unsere Damen wieder vor der schwierigen Frage: Wie beschaffen wir uns gut und preiswert — heututage heißt dies zu halbwegs erschwinglichen Preisen — unseren modischen Bedarf. Da ist nun der neue Modebericht des weltförmigen Dresdner Modehauses Renner besonders geeignet, Vermittler zu sein in allen dringenden Bedarfsfragen der Frauenbildung wie auch als praktischer Berater für die Ausgestaltung des eigenen Kleides. Die Firma empfiehlt Interessenten eine sofortige Bestellung, da die vorhandenen Kataloge bei dem regen Interesse, das weite Kreise ihm entgegenbringen, bald vergriffen sein dürften. Der Katalog ist unentgeltlich, portofrei und unentgeltlich zu beziehen vom Modehaus Renner, Dresden, Altmarkt.

Ihre Vermählung zeigen an

**Baumeister Curt Strobel
und Frau Gertrud geb. Lederer**

Aue, am 11. März 1922.



Unterfertigte erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre AH. AH. von dem Ableben ihres lieben Commilitonen

Felix Döbler, Berlin,

geziemend in Kenntnis zu setzen.

Verbindung „Teutonia“.

K. Oeschger X X X.

Aue i. Erzgeb., 12. März 1922.

Reihe u. halbreihe **Weichkäse**
In größter Auswahl am Platze.
Hermann Dietrich, Marktgräbchen.

Anerkannt hochfeine Tafelmargarine wie la **Molkerel-Butter**
versendet von 9 Pfund an das Pfund zu Mark 28.— franko
Molkerel Jauch, Biberach a. R. (Wübg.)
Ein Versuch führt zu regelmäßigem Bezug.

Mark 30000.—

werden zum Aufbau des Geschäfts von einem kleinen Fabrikanten gegen gute Vergütung und doppelte Sicherheit (Grundstück) zu leihen gesucht.
Vingete unter N. T. 1870 an die Geschäftsstelle des. Quartes.

Gebild. solib. Herr sucht hübsch gel. möbliertes Zimmer,
in dem die nötigen Möbel zu seiner Verfügung stehen. Bei gefälliger Verfügung entsprechende Vergütung. Best. Angebote unter N. T. 1864 an die Geschäftsstelle des. Quartes.

Horst Jüden
Durch ein kaltes Blut Zucker's Patent - Modells - Seite habe ich das über völlig bezeugt. G. G. Völsky, Berg. Dops Zucker-Creme (nicht süß und fettig). Im allen Apotheken, Drogerien und Gasförmern erhältlich.

Zöpfe
empf. in großer Auswahl **Stern & Gauger**
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wetzlauerstr. 48, am Wetzluplatz

Gut möbl. Zimmer
mit 2 Betten von 2 solib. Herren per 15. März gesucht. Off. erb. u. N. T. 1365 a. b. Exped. des Auer Tageblattes.

Einen größeren Posten **Papptartons** hat abzugeben **Korfethaus Aue.**

Anzug, Zylinderhut, Kindermütze, Schuhe 34 zu verkaufen.
Su. erb. in d. Geschäft d. Bl.

Apollo-Lichtspiele Aue
Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstraße 17.

Dienstag bis Donnerstag, den 14. bis 16. März:

20000 Meilen unter See!

7 Großer sensationeller Abenteuer-Film nach dem weltberühmten Roman von Jules Verne. 7 Akte

Der erste Film in Deutschland
mit Original-Unterseeaufnahmen nach dem Patent der Gebrüder Williamson.

Das zweite Leben.
Ein seltsamer Fall aus der Kriminal - Psychopathie in 5 Akten.
Unter sachverständiger Beratung eines Berliner Facharztes für Nervenkrankhe.

Täglich Anfang 1/6 Uhr;
Beginn der letzten Vorstellung gegen 9/9 Uhr.

Heute Montag:
Im Rausche der Macht; I. Teil . . . 5 Akte
Die Perle des Orients . . . 5 Akte

Zur Beachtung! Durch Ankauf einer Spiegelreflektor-Lampa, der neuesten Errungenschaft der Filmbelichtungstechnik, sind wir in der Lage, unserem verehrten Publikum bisher noch nicht erreichte, sonnenklare, dem Auge wohlthuende, plastische Bilder, von gestochener Schärfe u. verblüffender Helligkeit vorzuführen.

1 jüng. Schlosser u. 1 jüng. Arbeiter
(als Zuschläger) sofort gesucht.
E. Böhsch, Aue, Wettinerstraße 18.

Frau
als Aufwartung ab 16. März gesucht.
Frau Marie Steubler, Wilmersdammstraße 11.

Waschfrau
für regelmäßig gesucht und Sonnabende vormittag einige Stunden. Zu erf. l. Tageblatt.

Reinemachefrau gesucht.
Gebrüder Trübe, Niederschlemaer Weg 8.

Helmarbeit
Adressen schreiben.
Unterlagen gegen Rückporto. G. Scheibel, Zillau, Bauhausstr. 29.

Defor = Spritzerinnen
gesucht. Richtkundige werden angelehrt. Bezgl. ein jüngeres Mädchen zum Paden.

Gebrüder Trübe, Niederschlemaer Weg 8.
16-18jähr. Mädchen
stellt sofort ein

Stuhlfabrik Becher, Aue.
Plätterinnen
für die Hand- und Maschinen-Plätterei, sowie **Frau zum Wäscherollen**
sucht **Erste Auer Dampfwascherei, Bodauer Straße 80.**

Kinderliebendes Mädchen
in gute Stellung gesucht.
Fleischermeister Böhme, Schwarzenberger Str. 6.

Ein Bäcker - Lehrling
findet gute Gehaltstelle bei **Albin Liebcher, Bäckerstr., Alberoda 6. Aue.**

Junger Mann,
arbeitsfreudig, einjähr. - Freim. - Berechtig., zuletzt 3 Jahre in Berlin als Fremdsprachen - Korrespondent tätig gewesen, perfekt englisch und französisch gute spanische Kenntnisse, russisch in Wort und Schrift, flottes Stenogramm, sucht, geführt auf sehr gute Zeugnisse, Stellung als **Korrespondent**
in größerem erag. Fabrikgeschäft. Anfragen erb. unter **B. C. 1061 an Rudolf Mosse Chemnitz.**

Automobile.
6/20 PS. Hansa - Lloyd - Viererlzer
8/24 PS. Brennabor - Sechssitzer
10/30 PS N. A. G., Sechssitzer
2 To. Hansa - Lloyd - Schnell - Lastwagen mit offenem Pritschenaufbau
2 To. Hansa - Lloyd - Schnell - Lastwagen mit geschlossenem Kastenaufbau
3,5 To. Hansa - Lloyd - Lastwagen
Sämtliche Wagen neu, mit Fabrikgarantie, fahrfertig, sofort ab Zwickau lieferbar.
Fritz Schreiber, Maschinenfabrik, Zwickau,
Telefon 2158. Breithauptstraße 15. Telefon 2158.
Generalvertreter der G. D. A. (N. A. O. - Hansa-Lloyd - Brennabor - Hansa).
Reparaturwerkstätte für Kraftfahrzeuge.

Der Zahlung...
Der Steige...
Den stimme...
den 10.

Don Tagesbl...
publik...
ung...
die una...
hoch geg...
aus dem...
betreffl...
mentstre...
Aufsehen...
armfelig...
wäre, in...
gerade...
wäre. I...
sehr gut...
zum ung...
faul un...
Tabelle...
gaben be...
die Bro...
erklärt...
die Be...
einer an...
nicht ab...
ferzuleis...
setz häng...
De. Fern...
nister...
liche an...
diese Gr...
partei...
abhängig...
ein Dav...
foaktion...
Ihr gene...
deren M...
des Ben...
st in m...
gar erst...
u n a n...
nicht oh...
in der...
ben, die...
dazu ang...
zu halten...
Die...
ist daher...
gend nol...
ständig...
schuß b...
hen W...
Wäre ka...
Unterfuch...
gen auch...
munifist...
gesamten...
ich ang...
agen, de...
vierender...
Herms...
amtliche...
die Unter...
bestehen...
werden u...
bequem...
gen heran...
finanzm...
gehen u...
weg hätte...
gebüß...
Dr. Fern...
auch aus...
halten.